Koalition stellt Weichen für 2013

Wegweisende Entscheidungen zu Betreuungsgeld, Verkehrsinfrastruktur, Rente und Praxisgebühr

Mit wichtigen Entscheidungen hat die christlich-liberale Koalition die Weichen für das Jahr vor der Bundestagswahl 2013 gestellt. Der Koalitionsausschuss beschloss am vergangenen Sonntag, das Betreuungsgeld für Kleinkinder, die keine Krippe besuchen, ab dem 1. August 2013 einzuführen. Die Praxisgebühr wird ab 1. Januar 2013 abgeschafft. 750 Mio. Euro werden zusätzlich für Straßen, Bahn und Wasserwege –vorrangig für Neubauprojekte– bereitgestellt. Zur Bekämpfung der Altersarmut entschied die Koalition, sehr kleine Renten von Menschen, die ein Leben lang gearbeitet und privat vorgesorgt haben, aus Steuerermitteln aufzustocken.

Die für die Zukunft wichtigste Entscheidung betrifft aber den Haushalt. Schon die abschließenden Beratungen im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages über den zweiten Nachtragshaushalt 2012 an diesem Donnerstag haben gezeigt: „Die enormen zusätzlichen Belastungen des Bundeshaushalts in diesem Jahr können weitestgehend aufgefangen werden. Und die Koalition baut Schritt für Schritt die strukturelle Neuverschuldung weiter ab.“, so der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion Barthle. Hintergrund: Die Neuverschuldung wird in diesem Jahr von zuletzt geplanten rund 32 Mrd. Euro auf rund 28 Mrd. Euro gesenkt. Damit können z.B. die Einzahlung von 8,7 Mrd. Euro in den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), die Bereitstellung des deutschen Anteils an der Kapitalerhöhung der Europäischen Investitionsbank in Höhe von 1,6 Mrd. Euro und die weiteren 580 Mio. Euro des Bundes an die Länder für den zusätzlichen Ausbau der Kinderbetreuung nahezu vollständig aufgefangen werden. Die strukturelle Neuverschuldung des Bundes sinkt dabei von 20 Mrd. Euro im vergangenen auf geplante 15 Mrd. Euro in diesem Jahr.

Die christlich-liberale Koalition will den Weg der soliden Staatsfinanzen aber noch weiter gehen. So sollen laut Koalitionsbeschluss die Vorgaben der Schuldenbremse bereits im Haushalt 2013 eingehalten werden – und damit drei Jahre früher als im Grundgesetz vorgeschrieben. Das bedeutet konkret, dass die Neuverschuldung im nächsten Jahr auf 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) beschränkt werden muss. Schon 2014 will die Koalition, stabile weltwirtschaftliche und europäische Rahmenbedingungen vorausgesetzt, einen Bundeshaushalt aufstellen, der ganz ohne strukturelle Neuverschuldung auskommt. Mit einem entsprechenden Eckwertebeschluss des Kabinetts im kommenden März soll die Haushaltskonsolidierung umgesetzt werden. Bei der sogenannten roten Null sind nur Konjunkturschwankungen und Einmalzahlungen – wie die verbliebenen Tranchen an den europäischen Rettungsschirm ESM – aus der Rechnung ausgeklammert.

Mit der Abschaffung der Praxisgebühr von zehn Euro pro Quartal zum Januar, die an diesem Freitag durch den Deutschen Bundestag beschlossen wurde, werden die Bürger um zwei Mrd. Euro pro Jahr entlastet. Für Ärzte und Krankenkassen reduziert sich damit die Bürokratie. Die Mindereinnahmen der Krankenkassen werden laut Beschluss aus dem Gesundheitsfonds vollständig ausgeglichen. Dennoch schätzen die Experten, dass die Rücklagen Ende 2013 noch mehr als 10 Mrd. Euro betragen.

Zu unserer Wettbewerbsfähigkeit gehört neben einer guten Verkehrsinfrastruktur auch eine sichere, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung. Die Koalition hat sich darauf verständigt, zur Steuerung des Ausbaus Erneuerbarer Energien eine grundlegende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) vorzunehmen und bis zum März 2013 Vorschläge zu machen, die die Kosten auf ein vertretbares Maß begrenzen, ein hohes Maß an Investitionssicherheit gewährleisten und das Zusammenspiel von Erneuerbaren Energien mit der übrigen Energieversorgung verbessern. Das Betreuungsgeld, ebenfalls an diesem Freitag in namentlicher Abstimmung beschlossen, bekommen Eltern, die für ihre ein- und zweijährigen Kinder keinen öffentlich geförderten Krippenplatz oder Tagespflege in Anspruch nehmen. Sie haben die Wahl zwischen einer Barleistung oder einem Zuschuss, der sowohl für die private Altersvorsorge als auch für die Finanzierung der Bildung ihrer Kinder verwendet werden kann. Menschen, die mindestens 40 Jahre in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben und zusätzlich

privat vorgesorgt haben, sollen ein Alterseinkommen oberhalb der Grundsicherung erhalten. Außerdem soll sichergestellt sein, dass sich private Vorsorge lohnt. Die Kosten, die durch die Beschlüsse anfallen, sind gedeckt. Spielräume ergeben sich auch dadurch, dass künftig Gewinne der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) an den Bund fließen können. Die KfW hatte zuletzt Rekordgewinne erwirtschaftet.

Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit

An diesem Freitag debattierte der Deutsche Bundestag über den von der Bundesregierung vorgelegten „Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2012“. Die Abgeordneten stellten fest, dass der „Aufbau Ost“ ein zentrales Thema für die Fraktionen der christlich-liberalen Koalition ist. Es wurde deutlich, dass das Zusammenwachsen von Ost und West in vielen Bereichen positiv verläuft. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass der bisher schon erfolgreiche Prozess der wirtschaftlichen Angleichung selbst in der Wirtschaftskrise nicht unterbrochen wurde und sich die Arbeitslosigkeit auf dem tiefsten Stand seit der Wiedervereinigung befindet.

Im Verlauf der einstündigen Debatte wurde allerdings auch deutlich, dass der Prozess des Aufholens der neuen Länder noch nicht abgeschlossen ist. So wurde ebenfalls über den Bund-Länder-Bericht zum Programm Stadtumbau Ost debattiert, aus dem hervorgeht, dass die meisten Regionen der neuen Länder in den kommenden 15 Jahren nochmals mehr als 20 Prozent der Bevölkerung verlieren werden. Der demografische Wandel und die auch zukünftige bestehende Notwendigkeit einer Einwerbung von Mitteln aus dem Europäischen Strukturfonds sind die Herausforderungen, die bei der Debatte um den Aufbau Ost deutlich wurden. Der Blick auf die erfreuliche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und die zunehmende wirtschaftliche Leistungskraft vieler Zentren im östlichen Bundesgebiet stimmten hierbei allerdings sehr hoffnungsvoll.

Größte Kommunalentlastung der Geschichte

Die Bundesregierung hat 2011 zugesagt, die Kommunen deutlich stärker als bisher finanziell zu unterstützen und zu entlasten. Diese Zusage wird durch die Zustimmung des Deutschen Bundestages zum Gesetz zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuches, das die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung regelt, eingehalten. Damit übernimmt der Bund ab dem Jahr 2014 die vollen Kosten für die Grundsicherung. Bereits im Jahr 2013 erhöht sich der Anteil des Bundes von jetzt 45 auf 75 % der Nettoausgaben in diesem Bereich. Der kommunalpolitische Sprecher Götz, erklärte: „Die kommunalfreundliche Politik der unionsgeführten Bundesregierung setzt sich weiter fort. Die kommunale Finanzmisere, die unter Rot-Grün im Jahr 2003 mit einem Kommunaldefizit von über 8 Mrd. Euro ihren Höhepunkt erreichte, ist überwunden. Mehr noch, die Ursachen konnten strukturell und damit auf Dauer behoben werden. Für das laufende Jahr 2012 kann mit einem Haushaltsüberschuss der Städte, Gemeinden und Kreise von bundesweit 2,3 Mrd. Euro gerechnet werden. Profitieren werden davon besonders die Kommunen, die unter drängenden Finanzproblemen leiden. Die Kostenübernahme der Altersgrundsicherung steht sinnbildlich für einen Paradigmenwechsel in der Bundespolitik. Anstelle – wie in der Vergangenheit – die Kommunen mit immer neuen Aufgaben und Ausgaben zu belasten, stärken wir die Städte, Gemeinden und Landkreise.“ Der für dieses Jahr errechnete Haushaltüberschuss wird sich nach Einschätzung des Bundesfinanzministeriums bis 2016 kontinuierlich auf rund 5,5 Milliarden Euro steigern und den Kommunen damit wieder erhebliche Gestaltungsspielräume zurückgeben.

Bundeswehreinsatz in Darfur

Die Bundeswehr wird sich bis Ende 2013 weiter am Einsatz in der westsudanesischen Region Darfur beteiligen. Über die Fortsetzung des Einsatzes im Rahmen der internationalen UNAMID-Operation entschied der Deutsche Bundestag an diesem Donnerstag in namentlicher Abstimmung. Die Bundesregierung hatte dazu zuvor einen Antrag vorgelegt, in dem die Mission als "stabilisierendes Element zur Verbesserung der Sicherheitslage in Darfur und zur Begleitung der politischen Bemühungen um ein Ende der dortigen Krise unverzichtbar" bezeichnet wird. Die Beteiligung der Bundeswehr an dieser von den Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union (AU) gestellten Friedenstruppe wurde vom Bundestag erstmals im November 2007 gebilligt. Das nunmehr durch den Deutschen Bundestag verlängerte Mandat sieht eine Mandatsobergrenze von 50 Soldatinnen und Soldaten vor. Diese Zahl spiegelt lediglich die theoretisch maximal einsetzbare Anzahl von Soldatinnen und Soldaten wider.

Mehr Wertschätzung für das Ehrenamt

Die christlich-liberale Koalition will die Arbeit von ehrenamtlich tätigen Menschen besser würdigen. Der Bundestag beriet daher in erster Lesung einen Gesetzentwurf zur Entbürokratisierung des Ehrenamtes. Der Entwurf sieht vor, dass Tätigkeiten als Trainer, Ausbilder oder Betreuer stärker steuerlich begünstigt werden sollen: Die steuerfreie Übungsleiterpauschale soll von derzeit 2.100 auf 2.400 Euro, die Ehrenamtspauschale von 500 auf 720 Euro angehoben werden. Haftungsrisiken für Ehrenamtliche sollen auf grobe Fahrlässigkeit und Vorsatz begrenzt werden. Der Gesetzentwurf bedarf noch der Zustimmung des Bundesrates.

Besuchen Sie Josef Rief auch auf Facebook unter:
www.facebook.com/josefriefmdb

09.11.12 Schwäbischer Albverein Riss-Iller in Berlin
Der Schwäbische Albverein Riss-Iller besuchte Josef Rief am Freitag im Bundestag. Rief, der von der Debatte zum Betreuungsgeld zur Gruppe kam, beantwortete die Fragen der Besucher bevor er zur Namentlichen Abstimmung in den Plenarsaal eilte. Nach seiner Stimmabgabe führte er die Gruppe durch die Gebäude des Bundestages und auf die Reichstagskuppel. Josef Rief hatte sich in seiner Fraktion stark für das Betreuungsgeld engagiert und war sehr zufrieden über die gewonnene Abstimmung. Der Albverein besucht am gleichen Tag noch die Landesvertretung von Baden-Württemberg und das Bundeskanzleramt.

08.11.2012 Pressemitteilung: MdB Josef Rief "Grün-Rot muss den Fuß von der Bremse nehmen!" - Verkehrspolitik des Landes sei reine Verhinderungspolitik
Biberach/Unlingen. "Die grün-rote Verkehrspolitik im Land steht mit dem Fuß fest auf der Bremse. Anstatt bestehende Verkehrswege auszubauen und neue Infrastrukturprojekte zu starten, bewegt sich gar nichts. Die Landesregierung flüchtet sich in Verkehrsberuhigung und begnügt sich mit dem Aufstellen von Schildern", kommentiert der heimische CDU-Bundestagsabgeordnete Josef Rief den Besuch der grünen Verkehrsstaatssekretärin, Gisela Splett, in Unlingen.
"Die Landesregierung hatte bekanntlich die Ortsumgehung Unlingen (B311) in der Priorisierung für Verkehrswege von einem der vorderen Plätze auf den aussichtslosen 17. Platz nach hinten gerückt. Und das obwohl für das Jahr 2013 mehr Mittel für den Bundesstraßenbau in Baden-Württemberg zur Verfügung stehen als 2012, 2011 und 2010. Man muss aber neue Maßnahmen auch wollen und beginnen. Der Landesregierung fehlt dieser Wille.", ärgert sich Rief. Für den Christdemokraten ist dies eine Verkehrsverhinderungspolitik, die die Realisierung einer raschen Umfahrung in Unlingen in weite Ferne rücken lässt. Durch die Priorisierung und die Neubauverweigerung richten sich die Aktivitäten der Landesregierung doppelt gegen Unlingen.
Staatsekretärin Splett fordert Rief anlässlich ihres Besuches in Unlingen auf: "Nehmen Sie endlich den Fuß von der Bremse. Nachhaltige Verkehrspolitik macht man nicht durch das Aufstellen von Schildern!" Der CDU-Parlamentarier wird sich selbst jedoch nicht entmutigen lassen: "Ich werde mich weiterhin dafür einsetzen, dass diese Ortsumfahrung möglichst bald gebaut und damit der Ortskern wirksam entlastet wird."

09.11.2012 Betreuungsgeld eingeführt
Am Freitag folgte der Bundestag der Beschlussempfehlung des Familienausschusses und stimmte dem Betreuungsgeld zu. Josef Rief hatte am Mittwoch an der maßgeblichen Ausschusssitzung teilgenommen und für das Betreuungsgeld gestimmt. Rief hatte sich stets mit Nachdruck für das Betreuungsgeld eingesetzt und war sehr zufrieden mit dem Erfolg im Familienausschuss und in der Schlussabstimmung im Bundestagsplenum. Damit werden alle Kinder im 2. und 3. Lebensjahr, die ab dem 1. August 2012 geboren sind, ab kommendem Jahr einen Anspruch auf die Leistung haben.

Josef Rief mit dem CDU/CSU-Obmann im Familienausschuss Markus Grübel nach der Abstimmung im Ausschuss.